

Mitgliederversammlung SpiFa e. V. – Beschlussantrag

Datum: 20. April 2018

TOP: 4/5 – Politische Lage

Antragsteller: Vorstand des SpiFa

Titel: Ablehnung des geplanten Eingriffs in die Hoheit der gemeinsamen Selbstverwaltung im Rahmen einer Erhöhung der Mindestsprechstundenzeit von 20 auf 25 Wochenstunden in der vertragsärztlichen Versorgung

Der Vorstand des SpiFa e.V. schlägt der Mitgliederversammlung des Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e. V. (SpiFa e.V.) vor, wie folgt zu beschließen.

Antrag:

Die im SpiFa e.V. über ihre Berufsverbände organisierten Fachärzte aus Klinik und Praxis lehnen eine Erhöhung der Mindestsprechstundenzeit von 20 auf 25 Wochenstunden in der vertragsärztlichen Versorgung ab.

Begründung:

Die im Bundesmantelvertrag Ärzte verankerte Mindestsprechstundenzeit von 20 Wochenstunden in der vertragsärztlichen Versorgung sind Grundlage für zahlreiche Regelungen im Bereich Zulassung und Vergütung ärztlicher Leistungen. Bereits heute belegen zahlreiche repräsentative Studien, dass die Vertragsärzte durchschnittlich rund 52 Wochenstunden vertragsärztlich arbeiten. Hierzu zählt neben der ärztlichen Versorgung auch ein erheblicher Zeitanteil für die Erfüllung bürokratischer Vor- und Auflagen. Ein effektiver Abbau unnötiger Bürokratie in der vertragsärztlichen Versorgung ist einer pauschalen Erhöhung vorzuziehen. Eine Erhöhung würde zu Verzerrungen, insbesondere z.B. bei Vertragsärzten, die auch in der stationären Versorgung tätig sind, führen

Eine derart pauschale Erhöhung der Mindestsprechstundenzeit um 25 Prozent stellt darüber hinaus einen Eingriff des Staates in die Vertragsautonomie der gemeinsamen Selbstverwaltung dar höhlt die Selbstverwaltung aus.

Angenommen: **X** Abgelehnt: Entfallen: Zurückgezogen: zurück an Vorstand:

Stimmergebnis: **einstimmig JA:** _____ Nein: Enthaltungen: